

Kiel, 03.04.2003

**Landtag
aktuell**

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 42 – Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein

Jürgen Weber:

So schnell wie möglich für Planungssicherheit sorgen!

Die gemeinsame Entscheidung der Landesrektorenkonferenz und des Wissenschaftsministeriums, eine Expertenkommission um eine Bestandsaufnahme unseres Hochschulwesens und um Vorschläge zu ihrer Neustrukturierung zu bitten, hat sich gelohnt. Die Empfehlungen liegen seit verganginem Freitag auf dem Tisch; jetzt ist es unsere Aufgabe, als politisch Verantwortliche über die Umsetzung zu entscheiden.

Der Ausgangspunkt der Erichsen-Kommission sind die Finanzprobleme unserer Hochschulen. Ihre Geschichte ist schnell erzählt:

1988 macht sich die Regierung Engholm daran, Schleswig-Holstein vom Schlusslicht der deutschen Hochschullandschaft zu einem modernen Wissenschaftsstandort zu entwickeln. Investiert wird vor allem in den Aufwuchs neuer bzw. junger Hochschulen und Fachbereiche. Bis 1995 steigt der Anteil der Hochschulausgaben am Landeshaushalt stetig und spürbar.

Mit der steigenden öffentlichen Finanznot setzen verschiedene Faktoren den Hochschulen zu:

- Der teure Ausbau in der Fläche muss verlangsamt werden und geht zunehmend zu Lasten der bestehenden Strukturen, v.a. der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
- Die innere Reform der Hochschulen kommt nur schleppend voran, v.a. an den Universitäten.

- Die Haushaltssituation verschlechtert sich weiter.
- Und schließlich ist auch die Haltung der Landesregierung insgesamt gegenüber den Hochschulen nicht frei von Vorurteilen und Missverständnissen.

Ein erster Umstrukturierungsversuch nach einem umfänglichen Expertengutachten 1997 bringt unter der Ministerin Böhrk zwar Veränderungen wie die Teilverlagerung der Lehrerausbildung nach Flensburg. Aber Politik wie Hochschulen verbeißen sich zwischen Besitzstandwahrung, halbherzigen Reformen und falschen Versprechungen. Erinnerung sei an das jahrelange Hin und Her bei der Architektur oder an Volker Rühes Technische Universität für Flensburg aus dem 2000er Wahlkampf.

Der Weg zur Erichsen-Kommission war und ist durch klare Einsichten auf allen Seiten gekennzeichnet:

- Die Mittel für die Hochschulen sind auf absehbare Zeit nicht so zu erhöhen, um alle Ausbauziele zu finanzieren.
- Gleichzeitig darf die Substanz des Hochschulangebots nicht weiter ausgehöhlt werden.
- Und die Einsicht ist gestiegen, dass Hochschulentwicklung zuerst wissenschaftlichen und hochschulsystematischen Gesichtspunkten und erst in zweiter Linie regionalpolitischen folgen darf.

Als der Rektor der Christian-Albrechts- Universität im Januar forderte, Politik und Hochschulen sollten sich vor Abgabe des Erichsen-Gutachtens verpflichten, die Ergebnisse auch umzusetzen, folgten öffentlich nur wenige. Ich gehörte dazu. Dabei war mir klar, dass man natürlich nicht die "Katze im Sack" kaufen kann. Und dass Vorschläge nur selten eins zu eins umgesetzt werden können, ist auch jedermann klar. Über einzelne Ideen muss man ergebnisoffen reden und sie prüfen. Ich betone aber ausdrücklich: Wir sollten uns aber davor hüten, das Paket der Vorschläge insgesamt aufzuschnüren.

Die Erichsen-Kommission hat ihre Vorschläge wohl begründet. Praktisch heißt das für mich, dass die Beweislast umgekehrt ist. Oder mit anderen Worten: Wer einzelne Vorschläge der Erichsen-Kommission so nicht will, muss sehr gut begründen können, welchen anderen Weg er beschreiten will, um ein vergleichbares Ergebnis zu erreichen. Und dabei sind die Kriterien für solche Argumente nicht beliebig.

Wir haben der Erichsen-Kommission nämlich **klare Vorgaben** gegeben:

- eine Optimierung von Qualität und Effizienz,
- ein möglichst breit gefächertes Angebot in Forschung und Lehre,
- effizienter Einsatz der Mittel für die Hochschulen
- und die Beibehaltung aller selbständigen Hochschulen des Landes bei weitgehendem Abbau von Parallelangeboten.

Nur so kann ein konsolidiertes, in seinen Kapazitäten den finanziellen Möglichkeiten angepasstes Hochschulsystem des Landes wettbewerbsfähig bleiben. Damit war von vornherein für jedermann klar, dass damit auch die Revision von Ausbauplänen und z.T. strukturelle Einschnitte erforderlich sein werden.

Der Bericht gibt übergreifende Empfehlungen, die in der Diskussion nicht untergehen dürfen. Ich nenne da

- die Forderung nach einer erkennbaren Forschungsförderungspolitik mit einem zentralen Budget für den Aufbau und die temporäre Unterstützung von Forschungsschwerpunkten,
- das Plädoyer für eine bessere hochschulartenübergreifende Kooperation.

Solche Hinweise sind nicht neu. Über die praktischen Konsequenzen im Einzelfall werden wir uns noch unterhalten müssen, zum Beispiel bei den Vorschlägen zum Bereich Landbau und Agrarwissenschaft. Das gilt auch für die Vorschläge der Kommission, auf die international verbreitete gestufte Studienstruktur mit Bachelor- und Master-Abschlüssen umzustellen.

Ob wir einen externen "Hochschulrat Schleswig-Holstein" benötigen und wie wir die Leitungsstrukturen auf Hochschul- und Fachbereichsebene stärken können, kann heute noch nicht abschließend bewertet werden.

An einer Änderung des HSG werden wir m.E. aber nicht vorbeikommen, wobei ich betonen will: schnellere Entscheidungen sind kein Widerspruch zu Demokratie und Mitbestimmung.

Völlig unabweisbar ist der Vorschlag der Kommission, einen auf fünf Jahre angelegten Vertrag zwischen dem Land und den Hochschulen zur Umsetzung der Strukturveränderung zu schließen, der die Reformschritte festlegen und die Sicherung der Finanzbasis festschreiben muss. Ich habe es an mehreren Stellen deutlich gemacht und ich bin froh, dass der neue Finanzminister diese Haltung unterstreicht: Wenn sich Land und Hochschulen gemeinsam auf den Weg der Strukturanpassungen machen, dann müssen die tariflichen Personalkostensteigerungen der Hochschulen in den nächsten Jahren auch durch den Landeshaushalt übernommen werden. In diesem Zusammenhang begrüßt die SPD-Fraktion, dass mit dem Nachtragshaushalt eine kurzfristige Finanzhilfe von 2,5 Mio. € für die Hochschulen des Landes noch in diesem Jahre zur Verfügung gestellt wird. So unrealistisch eine drastische Erhöhung der Mittel für die Hochschulen ist, so notwendig ist eine auf Jahre verlässliche Finanzzuweisung.

An dieser Stelle füge ich noch einmal hinzu: Die SPD-Fraktion dieses Landtages ist aus gutem Grund gegen Studiengebühren. Wir sehen keinen Anlass, von dieser Auffassung abzurücken.

Natürlich möchte ich noch ein paar Worte zu einigen Detailvorschlägen, die einzelne Hochschulen betreffen, sagen:

1. Die Vorschläge im Bereich der Humanmedizin überraschen nicht. Dass hier der Landeszuschuss verringert werden muss und damit auch die Studienplätze sowohl in Kiel als auch in Lübeck verringert werden sollen, dürfte unumstritten sein.

Dass noch mehr als bisher Mittel und Wege gefunden werden, dass das Geld für Lehre und Forschung in der Medizin auch dort ankommt und nicht für Krankenversorgung ausgegeben wird, kann nicht ernsthaft angezweifelt werden.

Eine Mediziner Ausbildung an zwei Standorten ist jetzt wohl festgeklopft.

Umso mehr müssen alle Anstrengungen unternommen werden, mehr Effizienz, mehr Zusammenarbeit und mehr Aufgabenteilung in der Hochschulmedizin mit ganz konkreten Schritten so schnell wie möglich zu erreichen.

2. Der Vorschlag, auch die Realschullehrerausbildung in Flensburg zu konzentrieren und die Universität Flensburg auf pädagogische und lehrerausbildende Studiengänge zu konzentrieren, ist schlüssig. Ob das auch für die Verlagerung des heilpädagogischen Instituts und die Kieler Diplompädagogik gilt, darüber wird man vielleicht noch reden müssen.

3. Die Vorschläge, das gesamte Bauwesen an einem Ort zu konzentrieren, ist durchaus schlüssig. Das in Lübeck zu tun, ist zumindest begründbar.

Mich persönlich schmerzt besonders der vorgeschlagene Einschnitt bei der Muthesius-Hochschule, aber mir ist auch klar, dass das allein nicht der Maßstab für Entscheidungen sein kann.

Man muss kritisch und selbstkritisch anmerken, dass die Diskussionen und ständig wechselnden Modelle Lehrenden und Studierenden im Bauwesen in Kiel, in Eckernförde und in Lübeck einiges zugemutet haben.

Ich erinnere aber auch daran, dass schon die Strukturkommission von 1997 eine Konzentration der vorgeschlagen hatte, die nach heftigen regionalen Protesten mehr oder weniger beerdigt bzw. in Teillösungen überführt worden ist.

Deswegen unterstreiche ich: Was wir in diesem Jahr beschließen, muss auf längere Sicht Bestand haben. Die Hochschulen brauchen für die nächsten Jahre und darüber hinaus Planungssicherheit. Wir stehen in der Pflicht, diese so schnell wie möglich herzustellen.